

Notizen aus der Landespolitik

Die Kolumne nach den Pfingstferien möchte ich für Notizen aus der Landespolitik zu mehreren Themen nutzen. Kürzlich hörte ich, dass unser Ministerpräsident gesagt hätte, dass ja jede Kuh Geburtstag habe. Mich hat das Zitat etwas verwundert, da Winfried Kretschmann mir zu meinem 50. Geburtstag mit einem persönlichen Brief sehr freundlich gratuliert hatte. Der Hintergrund des Zitats ist der Folgende: Kretschmann machte die Aussage anlässlich seines eigenen 65. Geburtstags. Dieser Spruch ist vor allem im katholischen Umfeld auf der Alb verbreitet und möchte klarmachen, dass man sich und seinen Geburtstag nicht zu wichtig nehmen soll und dass für manche Katholiken der Namenstag wichtiger ist als der Geburtstag.

Von der alten Landesregierung war vorgesehen, die bisherige kameralistische Haushaltsführung in den Kommunen auf die in der Privatwirtschaft übliche doppelte Buchhaltung, die sogenannte Doppik, bis 2016 umzustellen. In ihrem Koalitionsvertrag haben Grüne und Sozialdemokraten ein Wahlrecht in Aussicht gestellt. Darauf gab es heftige Reaktionen –

überwiegend Zustimmung von Gemeinden, die noch ihre Haushalte in der alten Logik aufstellen, und heftige Kritik von denjenigen, die bereits umgestellt haben. Umstellungskosten und Übersichtlichkeit waren die Hauptargumente für die alte Haushaltsführung. Auch sei es wenig sinnvoll, etwa den Verkaufswert von Straßen zu bestimmen, weil hier eher die notwendigen Kosten für die Instandhaltung oder die Sanierung interessieren. Die Gegenseite argumentierte, dass an den Verwaltungshochschulen des Landes nur noch die neue Doppik gelehrt werde und deshalb die alte Regierung hier auf dem richtigen Weg gewesen sei. Als weiteres Argument führten sie ins Feld, dass gängige EDV-Programme sich am Standard der Doppik orientieren. Die

neue Landesregierung hat Argumente dafür und dagegen abgewogen und entschieden, die geplante Umstellung von der Kameralistik auf die Doppik von 2016 auf 2020 nach hinten zu verschieben. Die damit gewonnene Zeit soll dafür genutzt werden, die Doppik-Regeln so zu vereinfachen, dass den Bedenken kritischer Kommunen Rechnung



... der
SPD-Landtags-
abgeordnete
Gernot Gruber

getragen wird. Es werden Vorschläge gesammelt, welche die Umstellung erleichtern und die Umstellungskosten reduzieren sollen.

Kultusminister Andreas Stoch hat eine Regierungserklärung abgegeben zur regionalen Schulentwicklung. Die Opposition warf der Regierung vor, dass diese viel zu spät komme und ein Schulschließungsprogramm sei. Die Regierung kon-

terte, dass es die jetzigen Oppositionsparteien seit Jahren versäumt hätten, eine regionale Schulentwicklung anzustoßen. Klar ist angesichts zurückgehender Schülerzahlen, dass nicht alle weiterführenden Schulen dauerhaft gesichert werden können. Für neue Schulen soll gelten, dass sie mindestens 40 Schülerinnen und Schüler für zwei Züge pro Jahrgang haben sollen. Zwischen den beiden Regierungsfractionen und innerhalb der einzelnen Fraktionen wurde heftig um die Eckdaten gerungen. Ich habe mich in der SPD-Landtagsfraktion dafür eingesetzt, dass bestehende Schulen auch einzügig weitergeführt werden können. Die Kompromisslinie wird sein, dass Schulen pro Klasse mindestens 16 Schüler haben sollen. Es stehen schwierige Diskussionen an. Ein Teil der Grünen sah die Federführung zu den Gesprächen der regionalen Schulentwicklung bei den Landratsämtern. Die SPD hat durchgesetzt die Federführung bei den Schulämtern anzusiedeln.